

Liebe Leser*innen der Nachrichten aus Hessen,

sicher erinnern Sie sich noch an mein Vorwort der Mai/Juni-Ausgabe „Wohin führt uns Corona“. Ich war sehr positiv gestimmt und hatte primär die guten Seiten aufgezählt, die diese außergewöhnliche Situation mit sich brachte und sicherlich in Teilen auch immer noch bringt. Dennoch finde ich es heute sehr erschreckend und teils beängstigend, welche negativen Seiten zum Vorschein kommen. Damit meine ich nun gar nicht nur die wirtschaftliche Situation, Existenzängste und drohende oder bereits erfolgte Insolvenzen, wenngleich diese natürlich nicht zu unterschätzen sind. Ich meine im Speziellen die Verrohung der Tonlage und Argumentationen der Personen, denen die Pandemie egal zu sein scheint oder sie gar für erfunden oder für eine taktische Maßnahme halten: Corona-Gegner, Corona-Leugner, so genannte „Covidioten“, „Schwurbler“ oder Verschwörungstheoretiker. Begriffe kursieren viele, aber das Gedankengut ist zumeist das gleiche. Maskentragen sei Freiheitsberaubung, die gesamte Presse lüge und sei vom Staat gesteuert, Merkel- oder Corona-Diktatur... all das sind Begriffe und Vorwürfe, die fallen. Vergangene Woche habe ich mich in der Kommentarspalte unter einem Tagesschau-Artikel auf Facebook mal wieder in eine Diskussion eingeschaltet. In Bezug auf Politiker erhielt ich die Antwort: „Wer diesen Insellaffen noch glaubt, gehört dahin, wo andere nie zurückgekommen sind.“ Ich schätze, ich bin nicht allein mit meiner Vermutung, welcher Ort gemeint sein soll. Und hier sehe ich das nächste Problem. Die Vermischung von Rechtspopulisten, den oben genannten Personengruppen und gleichzeitig auch vernunftbegabten Kritikern, die durchaus sachlich mit dem Thema umzugehen wissen, ohne dabei die Maßnahmen und Regelungen für gut zu heißen. Was ich damit sagen möchte, ohne allzu sehr auszuschweifen: Tragen Sie Ihren Teil dazu bei, eine Spaltung der Gesellschaft zu verhindern. Seien Sie vernünftig, diskutieren und kritisieren Sie sachlich – auch wenn Sie nicht mit allem einverstanden sein sollten. Ohne Hass, ohne Vorurteile und ohne Verschwörungen. Es ist (fast) alles möglich. Man muss es nur wollen! Um auch Veranstaltungen in Räumlichkeiten wieder zu ermöglichen, haben wir ein Hygienekonzept entwickelt, auf das wir in diesem Heft kurz eingehen möchten. Noch ist es nötig, sich hier und da im Leben etwas einzuschränken oder umzustellen. Das Präsidium hat dies auch getan. Nach einigen Onlinekonferenzen haben wir zuletzt auch wieder persönlich getagt. Draußen im Garten und mit Abstand.

Ebenso sei auf die Projektentwicklung einer „Seelsorge“ bzw. humanistischen Lebensberatung, die für viele Menschen aktuell von enormer Wichtigkeit ist, hingewiesen. Christiane Friedrich, die sich für uns an dieser bundesweiten Aktion des HVD beteiligt, wird im Folgenden kurz dazu berichten. Auch die neue Beteiligung der HuGH an der „Initiative Lieferkettengesetz“ möchten wir Ihnen vorstellen. Bei aller Fokussierung auf Corona gibt es doch noch weitaus mehr Probleme auf dieser Welt. Das darf nicht vergessen werden!

Ich wünsche Ihnen viel Spaß und Information beim Lesen der folgenden Seiten. Bleiben Sie gesund! Gerne freue ich mich auch auf Beiträge aus Ihren Reihen für kommende Ausgaben der NaH: Wie geht es Ihnen in diesen Zeiten? Was beschäftigt Sie? Was haben Sie erlebt oder was macht Ihnen Freude oder Sorge? Teilen Sie Ihre Geschichte mit uns und den anderen Leser*innen.

Ihr Timo Saueressig – Präsident der HuGH –

HuGH stellt Hygienekonzept für Veranstaltungen vor

Nach langer Veranstaltungspause stehen auch für uns allmählich wieder ein paar wenige Präsenz-Termine bevor. Vor diesem Hintergrund hat die Humanistische Gemeinschaft Hessen ein ausführliches Hygienekonzept erstellt, um die Sicherheit der Teilnehmer*innen und Mitarbeiter*innen bestmöglich zu gewährleisten. Grundlage des Konzeptes ist die Corona-Kontakt- und Betriebs-Beschränkungs-Verordnung (CoKoBeV) des Landes Hessen. Auch unser Humanistischer Lebenskunde-Unterricht nach den Sommerferien wird mit Genehmigung des Hessischen Kultusministeriums nach den Richtlinien dieses Konzeptes abgehalten. Das Hygienekonzept kann auf der Homepage unter www.humanisten-hessen.de/downloads eingesehen oder bei der Geschäftsstelle angefordert werden. Zusätzlich wird es bei Präsenz-Terminen selbstverständlich auch aushängen. Wir danken für Ihre Mithilfe zur Einhaltung der aufgeführten Maßnahmen. Achten Sie auf sich und Ihre Mitmenschen und bleiben Sie gesund!



Wir trauern um unsere Mitglieder

Horst Günter Engel, Neu-Isenburg • Rolf Lerp, Nidderau

Vermischtes

- Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe (Nov/Dez): 8. Oktober 2020
 - Urlaub Landessprecherin Christiane Friedrich: 17.09. – 18.10.2020.
- Bitte wenden Sie sich in dieser Zeit an die Geschäftsstelle.

Veranstaltungskalender

Fr	11.09. Gladenbach	Infoveranstaltung zur Jugendfeier 2021
	18:00 Haus des Gastes	Unser Jugendfeier-Team steht für Informationen rund um die Jugendfeier an insgesamt drei Standorten zur Verfügung. Wir erzählen, was bei einer Teilnahme an der Jugendfeier auf dich zukommt und beantworten alle deine Fragen. Eintritt und Teilnahme sind selbstverständlich kostenfrei! Zu allen Terminen ist eine Anmeldung bis fünf Tage vorher unter Angabe von Namen, Adresse, Telefon und E-Mail zwingend erforderlich. Bitte per Mail an buero@humanisten-hessen.de. Der Link zur Videokonferenz wird rechtzeitig bereitgestellt.
Sa	12.09. Wiesbaden	
	10:00 Rheinstr. 78	
Sa	12.09. Online	
	15:00 Videokonferenz	
Fr-	23.10.- Darmstadt	Humanistischer Lebenskunde-Unterricht
So	25.10. Jugendherberge Landgraf-Georg-Str. 119	1. Blockseminar für das 1. Schulhalbjahr 2020/2021
Fr	06.11. Wiesbaden	Humanistischer Lebenskunde-Unterricht
Sa	07.11. Rheinstr. 78	2. Blockseminar für das 1. Schulhalbjahr 2020/2021 Wichtig: Die beiden Tage finden getrennt voneinander statt. Aufgrund der Hygienemaßnahmen werden wir nicht in Wiesbaden übernachten!
Sa	14.11. Wiesbaden	1. Treffen und Kennenlernen zur Jugendfeier 2021
	10:00 Rheinstr. 78	Themenschwerpunkte: Weltlicher Humanismus – Was ist das? Wofür steht die Humanistische Gemeinschaft Hessen, und wie sieht die Geschichte der Jugendfeier aus?

Hinweis: Die für den 19. September geplante Jubiläumsveranstaltung der Humanistischen Gemeinschaft Mörfelden-Walldorf wurde zunächst abgesagt und soll im kommenden Jahr nachgeholt werden.

HVD-Bundesverband veröffentlicht Protestbrief an Jens Spahn gegen Suizidhilfiverbot in einem neuen § 217 StGB

Im Februar hatte das Bundesverfassungsgericht das Suizidhilfiverbot im § 217 StGB für verfassungswidrig und nichtig erklärt. Unter der Initiative von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn wird nun an einem veränderten § 217 als Tötungsdelikt gearbeitet. Entgegen dem Karlsruher Urteilsspruch sollen – dies zeigen bereits vorliegende Entwürfe der von ihm eingeladenen Expert*innen – die Möglichkeiten zur Suizidhilfe erneut stark eingeschränkt werden. Der Humanistische Verband Deutschlands - Bundesverband protestiert dagegen in einem Offenen Brief an Spahn und kritisiert die einseitige Auswahl seiner Ratgeber*innen.



Jens Spahn (CDU-Bundesparteitag Dez. 2014 in Köln) - Foto: Olaf Kosinsky (CC BY-SA 3.0 de)

Nach dem „Kippen“ des Suizidhilfverbotes (§ 217 StGB) durch das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) nimmt Bundesgesundheitsminister Spahn (CDU) mit einem „legislativen Schutzkonzept“ einen neuen Anlauf: Für alle Menschen, die aus dem Leben scheiden wollen, sollen legale Hilfsmöglichkeiten zum Freitod, Alters- oder auch krankheitsbedingten Bilanzsuizid auf

das Engste beschränkt werden. Die Forderung, dass der „Zugang zu freiwillig bereitgestellter Suizidhilfe real eröffnet bleibt“, wie es im BVerfG-Urteil heißt, wird damit unterlaufen. Zur Mitwirkung an seinem Gesetzesvorhaben hat Spahn ausschließlich Verteidiger*innen des alten Verbotsgesetzes eingeladen, Befürworter*innen einer Strafrechtsregelung in einem neuen § 217 sowie einige Teilnehmer*innen, die zumindest der Suizidhilfe durch Vereine skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen. Die Liste liegt dem HVD vor.

Gegen „die skandalöse Einseitigkeit“ seiner einberufenen Ratgeber*innen protestiert der Humanistische Verband Deutschland - Bundesverband mit einem Offenen Brief an Spahn. Darin wird aufgeführt, welche prominenten Expert*innen aus diesem Kreis inzwischen Neuauflagen des gescheiterten § 217 StGB öffentlich vorgestellt haben. In der Reihe der von Spahn eingeladenen dreißig Einzelpersonlichkeiten und Organisationen fehlen mit Ausnahme von Matthias Thöns alle Kräfte, die in Karlsruhe erfolgreich gegen den § 217 geklagt bzw. Stellung genommen hatten. Der Bundesgesundheitsminister setzt vielmehr wieder auf den Zuspruch der Kirchen und schließt das humanistisch-säkulare Spektrum aus. Somit bleibt, wie es im Protestbrief des HVD-Bundesverbandes heißt, „die Expertise ausgerechnet all jener ungenutzt, deren Grundauffassung sich ja als eindeutig verfassungskonform erwiesen hat“.

Erwin Kress, Vorstandssprecher des HVD-Bundesverbandes, räumt ein: „Natürlich muss ein Politiker bei seiner Arbeit seine weltanschauliche Färbung nicht verstecken. Aber wenn er auf Ministeriumspapier eine Reihe von Institutionen und Persönlichkeiten ersucht, zu Konsequenzen aus dem Karlsruher Urteil zur Nichtigkeit von § 217 StGB Stellung zu beziehen, sollte man meinen, dass selbst bei extrem tendenziöser Auswahl darunter zumindest einige gegnerische Positionen zu finden sein sollten.“ Doch so konterkarieren die sich abzeichnenden Beratungsergebnisse das wesentliche Element des Karlsruher Richterspruchs, nämlich das Recht des Individuums, über sein Lebensende selbst zu bestimmen und dabei auch organisierte Hilfe zur Selbsttötung etwa von Vereinen und nicht-ärztlichen

Freitodbegleiter*innen zu erhalten. Der Humanistische Verband Deutschlands - Bundesverband hatte als erste Organisation aufgrund seiner Praxiserfahrung und im Sinne seiner zweifach (2016 und 2017) vom Bundesverfassungsgericht angefragten Stellungnahmen im Mai dieses Jahres einen vielbeachteten Entwurf für ein Sondergesetz „zur Bewältigung von Suizidhilfe- und Suizidkonflikten“ (Suizidhilfekonfliktgesetz) vorgelegt.

„Praxisbezogene gesetzliche Regularien sind unausweichlich, damit der Karlsruher Richterspruch nicht nur Theorie bleibt“, stellt Erwin Kress fest. „Dass über drei Viertel der Bevölkerung eine Bevormundung nicht mitmachen und im Ernstfall das Recht haben wollen, ihr Leben selbstbestimmt auch mit entsprechender kompetenter Hilfe zu beenden, muss von der Politik jetzt umgesetzt werden.“

Gita Neumann, HVD-Bundesbeauftragte für Medizinethik und Patientenautonomie, zeigt sich zuversichtlich: „Wir setzen uns nach unseren Möglichkeiten dafür ein, dass diesmal individual-ethische Positionen, die vom Willen, dem Recht und der Würde des Einzelnen ausgehen, eine Mehrheit im Parlament finden. Nach der aufsehenerregenden Niederlage vor dem Bundesverfassungsgericht darf jedenfalls kein neuer § 217 als Tötungsdelikt ins Strafrecht gelangen.“

Anmerkung der Redaktion: Der Brief selbst würde den möglichen Umfang des Heftes übersteigen und ist daher auf www.humanisten-hessen.de einzusehen oder in der Geschäftsstelle anzufragen.

Jugendfeier 2020/2021

Feiern an der Schwelle zum Erwachsenwerden gehören weltweit in allen Kulturen zu den Höhepunkten im Lebenslauf, so auch bei uns. Wir bitten daher alle Jugendlichen, die ca. 14 Jahre alt sind und 2021 an der Jugendfeier (Jugendweihe) teilnehmen möchten, sich anzumelden. Unsere Jugendfeiern sind offen für alle. Wenn



Sie interessierte Jugendliche oder Eltern kennen, so geben Sie bitte diese Information weiter. Unser Jugendfeier-Infoblatt kann unter www.humanisten-hessen.de/downloads heruntergeladen oder in der Geschäftsstelle angefordert werden. Bitte beachten Sie auch die Infoveranstaltungen im September. Die Jugendfeier findet am Sonntag, 30.05.2021 um 11:00 Uhr im Bürgerhaus Zeppelinheim statt. Anmeldeschluss ist der 18.10.2020. Mit einem gemeinsamen Kennenlernen sowohl der Teilnehmer untereinander als auch dem Thema Jugendfeier selbst starten wir am 14.11.2020 von 10:00 bis 16:00 Uhr offiziell in die Jugendfeier-Saison 2021. Der Nachholtermin für die ausgefallene Jugendfeier 2020 findet am Samstag, 29.5.2021 um 11:00 Uhr ebenfalls im Bürgerhaus Zeppelinheim statt.

HuGH unterstützt ab sofort die Initiative Lieferkettengesetz



Die Initiative Lieferkettengesetz ist ein breites Bündnis aus über 80 Menschenrechts-, Entwicklungs- und Umweltorganisationen, Gewerkschaften und kirchlichen und nun auch weltanschaulichen Akteuren, das sich im September 2019 gegründet hat. Weil sich immer wieder

zeigt, dass Unternehmen ihrer menschenrechtlichen Verantwortung freiwillig nicht hinreichend nachkommen, fordert das Bündnis von der Bundesregierung ein Lieferkettengesetz. Hierzu hat es eine Petition an Bundeskanzlerin Angela Merkel gestartet, die bereits über 135.000 Menschen unterzeichnet haben.

Deutsche Unternehmen beziehen Rohstoffe, Zwischen- und Endprodukte, und verarbeitete Produkte aus der ganzen Welt. Sie betreiben Produktions- und Vertriebsstätten im Ausland und exportieren ihre Güter in andere Weltregionen. Sie investieren weltweit in Großprojekte und bieten ihre Dienstleistungen auf dem globalen Markt an. Dabei sind Menschenrechtsverstöße in vielen Branchen keine Ausnahme: In der Herstellung unserer Kleidung etwa sind Brand- und Einsturzkatastrophen in Textilfabriken nur die Spitze des Eisbergs. Ausbeuterische Arbeitsbedingungen gehören zum Alltag. Für die Gewinnung von Rohstoffen für unsere Autos oder Elektrogeräte werden Lebensgrundlagen zerstört. Der enorme Wasserverbrauch durch den Abbau führt zu ausgetrockneten Brunnen, und giftige Rückstände verpesten die Umwelt. Auf Kakao- und Palmölplantagen arbeiten Kinder unter schwersten Bedingungen.

Viele dieser Probleme sind seit Langem bekannt – und Unternehmen haben immer wieder beteuert, dass sie sich „freiwillig“ um eine Lösung bemühen. Doch diese freiwilligen Ansätze führen oft zu kaum mehr als kosmetischen Korrekturen: Denn Menschenrechtsverstöße sind Teil eines Systems, in dem Unternehmen unter hohem Wettbewerbs- und Preisdruck stehen, aber für die Auswirkungen ihrer Geschäftstätigkeit im Ausland nicht zur Rechenschaft gezogen werden können.

Damit Unternehmen die Menschenrechte in ihren weltweiten Geschäftsbeziehungen wirklich achten, braucht es einen gesetzlichen Rahmen. Dieser muss darüber hinaus Betroffenen die Möglichkeit geben, ein Unternehmen bei Verstößen zur Rechenschaft zu ziehen. In anderen europäischen Ländern wie den Niederlanden, Frankreich oder Großbritannien gibt es bereits Gesetze gegen Kinderarbeit, moderne Sklaverei und für die Achtung der Menschenrechte im Auslandsgeschäft. Die Entscheidung, ob die Bundesregierung ein Lieferkettengesetz einführt, steht laut Koalitionsvertrag für das Jahr 2020 auf der politischen Tagesordnung. Entwicklungsminister Müller und Arbeitsminister Heil hatten für das erste Halbjahr 2020 konkrete Eckpunkte für ein Lieferkettengesetz angekündigt. Momentan wird darüber noch beraten.

Das Bündnis fordert von der Bundesregierung, ein Lieferkettengesetz in Deutschland einzuführen, das Unternehmen dazu verpflichtet, bei ihren Geschäften im Inland und Ausland menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfalt walten zu lassen. Eine Missachtung der Pflichten muss an klare Konsequenzen geknüpft sein, dabei orientiert sich die Initiative an den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte sowie den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen.

Das Lieferkettengesetz muss Unternehmen zudem zu Transparenz und Berichterstattung verpflichten. Konkret bedeutet das, dass Unternehmen die Einhaltung der Sorgfaltspflichten dokumentieren und öffentlich darüber Bericht erstatten müssen. Die Missachtung von Sorgfaltspflichten sollte dabei an Konsequenzen wie Bußgelder, den Ausschluss von öffentlichen Aufträgen und von der Außenwirtschaftsförderung geknüpft sein.

Wir denken, dass es dringend notwendig ist, dass wir als Humanistische Gemeinschaft auch politisch Stellung beziehen. Es ist nicht vereinbar mit humanistischer Ethik, wenn keine Verantwortung dafür übernommen wird, was während der Produktion von Gütern sowohl umweltbedingt als auch menschlich geschieht. Und hier sind eben nicht nur die Verbraucher gefragt, sondern auch Unternehmen, die (fast) immer natürlich nur ihren Profit sehen. Aus diesem Grund hat sich das Präsidium entschlossen, die Kampagne zu unterstützen.

Wer Näheres über die Kampagne wissen möchte, kann sich auf unserer Homepage unter www.humanisten-hessen.de/lieferkettengesetz oder bei unserer Landessprecherin Christiane Friedrich informieren.

Projekt „Humanistische Lebensberatung / Humanistische Seelsorge“

Seit Mai gibt es eine Projektgruppe innerhalb des HVD, die sich mit dem Thema Humanistische Lebensberatung/Humanistische Seelsorge beschäftigt. Angeregt durch Hedwig Toth-Schmitz (HVD Rheinland-Pfalz), Lutz Renken und Axel Kittel (beide HVD Niedersachsen) fanden sich Akteure aus verschiedenen Landesverbänden zusammen, um gemeinsam eine praktikable Lösung für eine professionelle Lebensberatung bzw. Seelsorge zu eruiieren. Aus der Landesgemeinschaft Hessen werden sich neben unserer Landessprecherin Christiane Friedrich auch Joachim Grebe und Dagmar Müller-Funk aktiv in das Projekt einbringen. Bei dem Projekt geht es darum, eine eventuelle Lebensberatung auf gemeinsame Füße zu stellen. Dazu wird momentan schon ein Konzept für eine Modulausbildung für Berater*innen erarbeitet. Sicherlich wird dies kein Projekt sein, dass schon dieses Jahr an den Start gehen kann, aber alle Beteiligten sind guten Mutes und sehr engagiert bei der Sache. So gibt es schon eine erste Materialiensammlung sowie einige Entwürfe für die Module. Wir dürfen gespannt sein.

Humanistische Gemeinschaft Hessen (HuGH)

Rheinstraße 78 | 65185 Wiesbaden | Telefon 0611 – 37 77 15

E-Mail: buero@humanisten-hessen.de | Telefax 0611 – 37 77 52

Geschäftsstelle: Elke Suchanek, Mo, Mi, Do und Fr von 9 – 12 Uhr
Nur am Di (*persönliche Besuche möglich*) von 10 – 13 Uhr

Präsident: Timo Saueressig, mobil 0173-1496338
timo.saueressig@humanisten-hessen.de

Landessprecherin: Christiane Friedrich, mobil 0170-4019302
christiane.friedrich@humanisten-hessen.de

Die Humanistische Gemeinschaft Hessen (HuGH) ist Mitglied und Landesverband des Humanistischen Verbands Deutschlands (HVD).

HuGH regional: Ortsgemeinschaften und Kontaktpunkte

Egelsbach/Erzhausen/Langen

c/o Janina Müller-Höhme, Finkenweg 9, 63329 Egelsbach
Tel. 06103 4690038 / egelsbach@humanisten-hessen.de

Gießen/Frankfurt

c/o Jochen Blom, Liebigstraße 27, 35390 Gießen
Tel. 069 34878890 / giessen@humanisten-hessen.de

Krofdorf-Gleiberg, Gießen und Wetzlar

c/o Dieter Bender, Wetzlarer Str. 25, 35435 Wettenberg
Tel. 0641 9805854 / wettenberg@humanisten-hessen.de

Langenselbold/Main-Kinzig

c/o Heinz Walter, Feldbergring 65, 63505 Langenselbold
06184 4307 / langenselbold@humanisten-hessen.de

Mörfelden-Walldorf und Kreisgemeinden

c/o Waltraud Träger, Hochstr. 6, 64546 Mörfelden-Walldorf
06105 23155 / moerfelden@humanisten-hessen.de

Neu-Isenburg

Klaus Hofmann, Ludwigstraße 68, 63263 Neu-Isenburg
Tel. 06102 22130 + 839709 / neu-isenburg@humanisten-hessen.de

Wiesbaden

Nele Ruppertsberg, Uhlandstraße 23A, 63225 Langen
Tel. 0176/64633604 / wiesbaden@humanisten-hessen.de

Kontaktpunkt Region Darmstadt

Dr. Gerd Mitschke Tel. 06151-963704 / Manfred Gilberg Tel. 06151-307749, region-darmstadt@humanisten-hessen.de

Kontaktpunkt Region Main-Taunus-Kreis

Ingo Heise, 65812 Bad Soden, Tel. 0151 68147085
maintaunus@humanisten-hessen.de

Kontaktpunkt Region Marburg-Biedenkopf

Ralf Becker, 35075 Gladenbach, Tel. 0170 7449344
marburg-biedenkopf@humanisten-hessen.de